

*Dezember 2004, Zürcher Oberländer*

*Text der Pressemitteilung*

## **Die SP akzeptiert Steuerfusserhöhung – ist damit genug getan?**

*Die SP fasste an ihrer Sektionsversammlung vom 8. November 2004 die Parolen zur Gemeindeversammlung vom 7. Dezember 2004.*

### *SP für Steuererhöhung*

*SP. Der Gesamtsteuerfuss der Gemeinde Wetzikon soll im kommenden Jahr um fünf Prozent erhöht werden. Die Politische Gemeinde würde vier und die Primarschulgemeinde ein zusätzliches Steuerprozent beanspruchen. Auch bei der Annahme dieses Antrages weisen die Voranschläge für 2005 aller drei Güter einen teils markanten Aufwandüberschuss aus.*

Bereits letztes Jahr hat die SP beantragt, den Steuerfuss um zwei Prozent anzuheben, vor drei Jahren hat sie sich gegen eine Senkung um 7 Prozent ausgesprochen. Darum begrüsst sie die vom Gemeinderat beantragte bescheidene 5-prozentige Erhöhung. Diese reicht aber leider bei weitem nicht aus, die steigende Verschuldung abzubauen. Zwar setzten Gemeinderat und Schulpflegen bereits den Rotstift an und trafen einige einschneidende Sparmassnahmen, doch das alleine reicht bei weitem nicht.

Die Oberstufenschulgemeinde Wetzikon-Seegräben kann dank der in den vergangenen Jahren abgebauten Schulden das ausgewiesene Defizit verkraften und aus diesem Grunde beantragt sie keine Steuerfusserhöhung für 2005.

Tatsächlich spielen die Lastenverschiebungen vom Kanton zu den Gemeinden aber eine grosse Rolle; bei den Schulgütern noch mehr als bei der Politischen Gemeinde. So muss sich die Oberstufenschulgemeinde beispielsweise neu an den Kosten für das Untergymnasium beteiligen. Mehrkosten sind der Gemeinde auch durch die stationären und teilstationären Platzierungen von Jugendlichen und die teure Sonderschulung entstanden. Die Schulgemeinden werden künftig in diesen Bereichen noch mehr zur Kasse gebeten, weil wegen des Sanierungsprogramms 04, dem der Souverän Ende September zugestimmt hat, weitere Kosten vom Kanton auf die Gemeinden abgewälzt werden, und in dieser Entwicklung dürften wir erst am Anfang stehen.

### *Investitionsverzicht ist Selbstmord*

Wetzikon soll sich aber weiter entwickeln können, das heisst, investieren dürfen. Im Finanzplan 2005 bis 2009 ist vorgesehen, das Investitionsvolumen von den eigentlich benötigten 80 Mio. auf 20 Mio. zu kürzen. Die Folgen davon sind katastrophal – die dadurch entstehenden viel teureren Folgekosten werden uns noch jahrelang belasten. Mit dem Verzicht auf Wert erhaltende Investitionen setzt ein schleichender Zerfall unserer Bau- und Sozio-Infrastruktur ein; das Kanalisationssystem vergammelt, das Gemeindehaus verlottert. Diese Entwicklung muss gestoppt werden: die beantragte massvolle Steuererhöhung allein genügt bei weitem nicht.

Man bedenke auch: In den weitaus meisten Gemeinden anderer Schweizerkantone ist die Steuerbelastung vergleichbarer Personen um einiges höher als in Wetzikon.

### *Finanzpolitik gestern und heute*

In den letzten vier bis fünf Jahren wurde die Einnahmenseite der Stadt Wetzikon aufs Schwerste belastet. So haben die Streichungen der Erbschaftssteuer und der Handänderungssteuer zu wesentlich tieferen Einnahmen geführt. Parallel dazu wurden die Steuersätze sukzessive gesenkt. Dies trotz dem Wissen, dass die finanzielle Situation sich gesamthaft durch weniger Steuererträge verschlechtern wird. Dies hatte zur Folge, dass jährlich rund 10 Mio. Franken weniger eingenommen wurde; für die letzten fünf Jahre macht dies folglich rund 50 Mio. aus, die eingespart werden mussten.

Die unsichere Wirtschaftslage, mit der Wetzikon aber in keiner Art und Weise alleine dasteht, hat die Lage noch verschärft.

Ein Blick ins Geschichtsbuch zeigt: Der Untergang der Textilindustrie beendete eine wirtschaftliche Hochblüte, die rund 100 Jahre gedauert hatte. Dies darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass Wetzikon – und mit ihm das gesamte Oberland – immer eine randständige Region war, in der es viel Armut gab. Leider wurde es in den 60er-/70er-Jahren während der Wachstumseuphorie verpasst, andere wirtschaftliche Sektoren, allen voran den Dienstleistungssektor, zu stärken. So fehlen zwar heute die grossen Industrien, es haben sich aber viele kleine Firmen in die entstandenen Lücken eingefügt und die Anzahl Arbeitsplätze hat sich nicht markant verringert. Da dies in der Regel aber eher kleinere Unternehmen sind, sind die Steuereinnahmen von juristischen Personen drastisch gesunken.

### *Abänderungsantrag zur Personalverordnung*

In der Personalverordnung der Gemeinde Wetzikon soll § 33 abgeändert, das heisst von derjenigen des Kantons abgekoppelt werden. Ziel ist es zu verhindern, dass die Löhne wie die der kantonalen Angestellten eventuell um 3% gesenkt werden. Die SP Wetzikon beantragt nun, diese Abkoppelung auf zwei Jahre zu begrenzen, damit das Personal für künftige Jahre nicht der Willkür des Gemeinderates ausgeliefert ist, welcher aus der finanziellen Lage heraus versucht sein könnte, weder den Teuerungsausgleich zu gewähren, noch Realloohnerhöhungen zu sprechen.